

INTERVIEW: UWE JUN

Trierer Experte: Corona erschwert Ampel den Start

Die vierte Corona-Welle überschattet den Auftakt der neuen Bundesregierung - und das ist nur eine von vielen Herausforderungen.

TRIER Muss das Bündnis doch einen Lockdown beschließen, obwohl dieser eigentlich ausgeschlossen wurde? TV-Redakteur Bernd Wientjes hat darüber mit dem Trierer Politikexperten Uwe Jun gesprochen.



„Es gibt viele Fallstricke“: Der Trierer Politikwissenschaftler Uwe Jun analysiert die Startbedingungen der neuen Bundesregierung. FOTO: DPA

„Mehr Fortschritt wagen“ ist an Anlehnung von Willy Brandt der Koalitionsvertrag der Ampelkoalition überschrieben. Wagt das Dreier-Bündnis mehr Fortschritt?

UWE JUN Man findet viele Zukunftsthemen in dem Vertrag, etwa Digitalisierung, Klimaschutz und Bildungspolitik. Man kann also schon sagen, dass Fortschrittsthemen aufgegriffen und mit konkreten Inhalten gefüllt sind. Die Frage wird nur sein, wie konkret und schnell man das alles umsetzen kann. Aber die gute Absicht kann man den Ampelparteien durchaus unterstellen.

Sie sprachen es an: Die Frage ist, wie schnell die einzelnen Punkte tatsächlich umgesetzt werden können.

Eine Ampel vor dem Reichstagsgebäude in Berlin. SPD, FDP und Grüne wollen eine Koalition eingehen. Der Trierer Politikexperte Uwe Jun sieht den Start der neuen Regierung in einem schwierigen Umfeld. FOTO: DPA



Die Klimapolitik der neuen Bundesregierung erscheint ja durchaus sehr ambitioniert, bis 2030 den Kohleausstieg geschafft und 15 Millionen E-Autos auf die Straße gebracht zu haben. Wie realistisch ist das?

JUN In der Tat sind das sehr ambitionierte Ziele. Auch, wenn Umweltschutzorganisationen das anders sehen. Es wird sicherlich nicht einfach

sein, die Klimaziele in dem Zeitraum umzusetzen, den sich die Ampel vorgenommen hat. Da geht es nicht nur um Finanzierungsfragen, es geht auch um personelle Ressourcen, um die Pläne umzusetzen und auch darum, wie man die Bevölkerung mitnehmen kann, etwa beim Ausbau der Windenergie. Es gibt meines Erachtens noch viele

Fallstricke, die eine derart schnelle Umsetzung der Klimapolitik der Ampel schwierig machen könnten.

Welche Farbe wird in der neuen Regierung dominiert: Rot, Grün oder Gelb?

JUN Man sieht alle drei Farben sehr deutlich. In der Wirtschafts- und Finanzpolitik sieht man stärker Gelb,

in der Klimaschutzpolitik dominiert Grün, die Sozialpolitik ist rot gefärbt und in der Außen- und Europapolitik sieht man eher grünrot.

Heißt das, die Ampel meint es ernst mit einer Erneuerung der Politik in Deutschland und mit einem neuen Regierungsstil?

JUN Man erkennt, dass die drei Parteien nicht nur auf Basis des kleinsten gemeinsamen Nenners und von Kompromissen regieren wollen, sondern bemüht ist, die Identität der einzelnen Parteien zu berücksichtigen im Koalitionsvertrag.

Die Corona-Krise überschattet den Start der neuen Bundesregierung. Droht ein Fehlstart?

JUN Es ist ein sehr schwieriger Start, weil noch immer unklar ist, wie man die vierte Welle durchbrechen will und welche einzelnen Maßnahmen erforderlich sind. Es zeigt sich auch, dass die drei Parteien bei dem Thema nicht völlig einer Meinung sind. Die FDP gewichtet weiterhin die bürgerlichen Freiheitsrechte hoch. Die Bevölkerung erwartet von den Regierungsparteien Problemlösungskompetenz. Diese müssen mit Entschlossenheit dem Eindruck entgegenwirken, dass die Politik aufgrund der Wechselphase in einer Hängepartie in Sachen Corona war.

Könnte die Corona-Politik direkt zu Beginn der Regierungstätigkeit zu einer Krise innerhalb des Bündnisses führen, wenn es doch ein Lockdown unumgänglich ist?

JUN Ich glaube, es wird nicht direkt am Anfang zu einem ernsthaften Konflikt kommen. Man wird vermutlich versuchen, gemeinsame Lösungen zu finden. Der von Olaf Scholz angekündigte Krisenstab wird eine wichtige Rolle spielen. Man wird vermutlich dessen Empfehlungen folgen.

DIE FRAGEN STELLTE UNSER REDAKTEUR BERND WIENTJES

Familie Stein solidarisiert sich mit Missbrauchsoffern

Angehörige des umstrittenen ehemaligen Trierer Bischofs Bernhard Stein fordern eine Aufarbeitung des Missbrauchs- und Vertuschungsskandals sowie die Umbenennung des nach Stein benannten Platzes. Die Opfer reagieren emotional.

VON KATJA BERNARDY

TRIER Ein Brief von Angehörigen des früheren Trierer Bischofs Bernhard Stein könnte erneut für Wirbel in der Debatte um die Umbenennung des nach dem hohen Geistlichen benannten Platzes in Trier sorgen.

Stein war von 1967 bis 1980 Bischof von Trier, 1975 war er zum Ehrenbürger der Stadt ernannt worden. 2011, fast zwanzig Jahre nach seinem Tod, erhielt der damals neu gestaltete Platz hinter dem Dom seinen Namen. In den vergangenen Jahren wurden mehrfach Vorwürfe laut, der einst hoch angesehene Vorgänger von Hermann-Josef Spital, Reinhard Marx und Stephan Ackermann habe während seiner Amtszeit Missbrauch vertuscht.

Welche Rolle spielte Stein im Missbrauchsskandal der katholischen Kirche? Dieser Frage war Thomas Schnitzler, Trierer Historiker und Sprecher von Missbit e.V., einem Zusammenschluss von Opfern aus dem Bistum Trier, nachgegangen. Schnitzler hat jahrelang in Archiven recherchiert, Akten gewälzt, mit Betroffenen gesprochen. Dabei wollte er auch mehr darüber wissen, wie Stein mit dem Priester umgegangen war, der ihn selbst und mehr als ein Dutzend weitere Kinder missbraucht hatte und mehrfach versetzt worden war. Das Ergebnis präsentierte Missbit Anfang 2020 in Trier: Drei Fälle zeichnete Schnitzler nach, in denen Stein vertuscht haben soll, und nannte 27 mutmaßliche Täter, deren Vorgesetzter Stein gewesen war. Missbit forderte die Umbenennung des „Bischof-Stein-Platzes“ in „Platz der Menschenwürde“.

Die Grünen im Trierer Stadtrat vertrauten diesen Ergebnissen und stellten einen Antrag mit dem Titel „Aus der Vergangenheit lernen – Sexuellen Missbrauch ächten – Opfer-

willen respektieren“ auf Umbenennung des Platzes. Im Januar 2021 wurde der Antrag mehrheitlich im Rat abgelehnt – zunächst einmal.

Erst sollte eine, damals vom Bistum angekündigte und mittlerweile aktive, unabhängige Kommission aufarbeiten, was während der Amtszeit von Stein geschehen sei, so die

Begründung der Ratsmitglieder, die ablehnten oder sich enthielten.

Familienangehörige von Stein haben die Debatten verfolgt und sich in einem Brief, der bereits im Sommer dieses Jahres geschrieben, aber erst jetzt bekannt wurde, positioniert. Das nichtöffentliche Schreiben, dessen Inhalt ursprünglich

nur für Missbit, Grünen-Politiker und Bischof Ackermann bestimmt war, liegt unserer Zeitung vor. Ein Familienmitglied hat dessen Echtheit bestätigt.

In dem Brief heißt es: „...wir, die Nachkommen von (Name auf Wunsch der Familie entfernt), einem der Brüder von Bischof Bern-

hard Stein, solidarisieren uns voller Mitgefühl mit den Opfern sexuellen Missbrauchs durch Priester der Diözese Trier in der Zeit unter Bischof Bernhard Stein.“

Weiter steht darin, es gebe keinerlei Entschuldigung oder Rechtfertigung für die Vertuschung solcher ungeheuerlicher Straftaten, die zugleich durch eine neutrale, kirchenunabhängige Stelle aufgearbeitet werden müssten. „Mit allem Nachdruck unterstützen wir diese mehr als berechtigte Forderung der Opfer. Alles, was im mindesten deren Erinnerungen an Verletzungen und Demütigungen erneut heraufbeschwören oder auslösen könnte, muss vermieden werden (z.B. das Schild ‚Bernhard-Stein-Platz‘)“.

Auf Anfrage unserer Zeitung sagt Missbit-Sprecher Thomas Schnitzler: „Ich bin von dem Inhalt sehr gerührt.“ Der Brief tröste und ermutige.

Die Familienangehörigen haben die Briefe fast taggleich mit dem Arbeitsbeginn der unabhängigen Kommission verschickt. Deren Mitglieder sind Uwe Christoffer und Karl-Horst Wirz vom Betroffenenbeirat, Petra Hank, Psychologin an der Uni Trier, Herbert Heyd, früherer Abteilungsleiter im saarländischen Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie, Lutz Raphael, Ordinarius für Neuere und Neueste Geschichte an der Uni Trier und Mitglied der Akademie der Wissenschaften und Literatur in Mainz, Gerhard Robbers, ehemaliger rheinland-pfälzischer Justizminister, sowie Monica Sinderhauf, Direktorin des Trierer Bistumsarchivs und Kanzlerin der Bischöflichen Kurie. Die Mitglieder sind für drei Jahre ernannt, die Aufarbeitung insgesamt auf sechs Jahre angelegt.



Selbst die Familie des ehemaligen Bischofs Stein fordert nun einen neuen Namen für den nach dem Geistlichen benannten Platz am Trierer Dom. FOTO: ROLAND MORGEN

Trierer Bischof Ackermann zu Besuch beim Papst

VATIKANSTADT/TRIER (KNA) Papst Franziskus hat den Trierer Bischof Stephan Ackermann (58) am Samstag in Audienz empfangen. Das bestätigte der Vatikan ohne Nennung von Details. Das Bistum Trier äußerte sich zunächst nicht zu den Hintergründen. Thema der Unterredung könnte unter anderem die geplante Seelsorgereform der ältesten deutschen Diözese gewesen sein.

Nach zweijähriger Verzögerung soll das Reformprojekt im Januar beginnen. Die ursprünglichen Pläne waren nach teils massivem Widerstand aus den betroffenen Gemeinden vom Vatikan gestoppt worden, der Änderungen verlangt hatte. Zunächst hatte das Bistum ein Konzept mit 35 Großpfarreien und Leitungsteams aus Priestern und Laien umsetzen wollen. Vor einigen Wochen sagte Bischof Ackermann dem Portal katholisch.de, das inzwischen ein Kompromiss gefunden sei, „mit dem viele leben können“. Anstatt wie ursprünglich geplant, „bewusst einen großen Schritt zu machen, um möglichst lange Zeit etwas davon zu haben“, gehe es jetzt „langsamer, kleinschrittiger“ voran.

Der Verein „Kirchengemeinde vor Ort“ übte Ende Oktober erneut Kritik an der geplanten Reform.

KORREKTUR

(red) In der Samstagsausgabe des TV am 27. November ist uns in dem Artikel „Zwei Rheinland-Pfälzer am Kabinetttisch“ auf Seite 1 ein Fehler passiert: In dem Text wird Natalie Cramme-Hill irrtümlicherweise als Trierer CDU-Chefin bezeichnet. Das ist falsch: Natalie Cramme-Hill steht den Grünen in Trier vor und strebt das Amt der Landesvorsitzenden der Grünen an. Wir bitten, den Fehler zu entschuldigen.

Produktion dieser Seite: Heribert Waschbüsch